

- [Startseite](#)
- [Über uns](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum](#)
- [RSS-Feed](#)

- [Meinung](#)
- [News](#)
- [Termine](#)
- [Wissen](#)

Umfrage

Schlechte Noten für Merkels Energiewende-Politik

Verfasst am 27. Juni 2012, 06:49, von ts, unter [News](#).

Was die Bürger wirklich wollen

- Unabhängigkeit von den Stromkonzernen erhöhen
- Selbst die Verantwortung für Ökostrom übernehmen
- Souverän und unabhängig Einfluss nehmen können
- Konsumenten die volle Kostenkontrolle ermöglichen
- Mit mehr Wettbewerb und Effizienz Kosten dämpfen
- An den Interessen der Bürger ausgerichtet handeln
- Vor Ort die Energie zum Eigengebrauch produzieren
- Mensch und Umwelt klar vor den Eigennutz stellen
- Dauerhaft sozial vertretbare Strompreise garantieren
- Verantwortungsvoll und sparsam mit Strom umgehen
- Unbeeinflusst von den Lobby-Interessen informieren

Energiewende von unten erwünscht: Bürger unzufrieden mit Merkel

Energiewende ja, aber bitte nicht hinter verschlossenen Türen im Kanzlerinnenamt. So oder so ähnlich haben sich ausführlich befragte Bundesbürger in einer Meinungsstudie geäußert.

Auf der Jahreskonferenz des Rats für Nachhaltige Entwicklung hat sich der von der Bundesregierung bestellte Energiewende-Überwacher, vertrat Prof. Dr. Peter Kruse, kritisch zur Energiepolitik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) geäußert. “Die Angst vor der Atomkraft hat sich in Deutschland zu einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber allen Formen großtechnologischer Energieerzeugung generalisiert”, so Kruse.

Auch der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin Angela Merkel stellen die Menschen beim Management der Nachhaltigkeit ein eher schlechtes Arbeitszeugnis aus. Die Befragten sehen die Politik im Vergleich zu den eigenen Sollvorstellungen deutlich im Rückstand gegenüber den gesellschaftlichen Anforderungen. Dabei wird der Politik ein Nachhinken in der Größenordnung von ungefähr zwei Jahrzehnten attestiert. Den Ausweg sehen die Bürger in erster Linie in einem Paradigmenwandel zu mehr Transparenz und Partizipation.

Längst vor der Politik hat sich in der Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt, dass dezentral von den Bürgern initiierte und finanzierte Energievorhaben häufig zielgerichteter zu managen sind als industrielle Verbundprojekte, weil dann die Interessen von Menschen, Kommunen und von Anfang an im Mittelpunkt stünden.

Letztlich sei somit eine allein per Staatsdekret verordnete Energiewende zum Scheitern verurteilt, so Kruse. “Gelingt allerdings der Spagat zwischen dem notwendigen ökologischen Wandel einerseits und der konsequenten Nutzung von demokratischen Instrumenten zur Bürgerbeteiligung andererseits, dann öffnen die Menschen ihr Herz und durchaus auch ihren Geldbeutel für die Energiewende.”

Mehr zum Thema

- [Platzecks Plädoyer für mehr Wende in der Energiewende](#)
- [So gehen Kommunen die Energiewende an](#)